

## Antimilitarismus und Frieden im 21. Jahrhundert

**Rede von Urs Unkauf,  
stellvertretender Vorsitzender des Jugendgemeinderat Hechingen, Mitglied im Kreisvorstand  
DIE LINKE Zollernalb und Kreissprecher der Linksjugend [solid] Zollernalb am  
Donnerstag , 1. 9. 2011 zum Antikriegstag vor der Balingen Stadtkirche**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

werte Freundinnen und Freunde des Friedens,

als stellvertretender Vorsitzender des Jugendgemeinderat Hechingen und Mitglied im Kreisvorstand der LINKEN Zollernalb begrüße ich Sie und euch heute ganz herzlich im Namen des Kreisverband DIE LINKE Zollernalb anlässlich des internationalen Antikriegstages.

Am 1. September 1939 überfiel Nazideutschland unter Hitler das Nachbarland Polen, was den Zweiten Weltkrieg auslöste. Und wir alle wissen um die Schrecken, das Leid, den Terror und die Verzweiflung, die dieser Krieg über die Menschen brachte. Nach dem Sieg der Alliierten über den Faschismus wurde mit der Gründung der UNO die Idee geboren, dass so etwas nie wieder passieren dürfe. Krieg darf niemals Mittel der Politik und Konfliktlösung sein! Wenn wir allerdings heute die Realität betrachten, so zeichnet sich vor unseren Augen ein anderes Bild ab, als die Gründer der UNO es gerne gesehen hätten.. Wir haben heute weltweit nach wie vor zahlreiche Kriege – als Beispiele seien hierfür nur Afghanistan, Libyen, Jugoslawien, Somalia und der Irak angeführt. Der Krieg in Afghanistan jährt sich am 7. Oktober diesen Jahres nun zum 10. Mal – wie viele müssen noch sterben, damit die Herrschenden endlich die Sinnlosigkeit dieses Krieges erkennen? In Libyen erkämpft sich derzeit ein Volk seine Freiheit und Selbstbestimmung gegen einen Diktator. Allerdings ist dieser Kampf des Volkes nicht durch Waffengewalt zu unterstützen, der Krieg in Libyen ist bereits im Voraus gescheitert, weil er niemals Frieden schaffen wird, sondern nur weiteres Leid schafft. Am 4. September ist außerdem der Jahrestag der Bombardierung im Kundus. Damals, wo so viele Unschuldige, Frauen und zahlreiche Kinder ihr Leben lassen mussten, wird uns mehr denn je bewusst: Kriege haben nur Verlierer auf beiden Seiten. Es gibt keinen "gerechten Krieg".

Deutschland ist Exportweltmeister und der drittgrößte Waffenexporteur weltweit. Die Rüstungsindustrie der Bundesrepublik boomt, die Waffenproduktion und – exporte laufen auf Hochtouren – und bei jeder neuen Waffe, die produziert wird, sterben am anderen Ende der Welt wieder Menschen für die Profite in den USA und Europa. Warum verdient sich die Bundesrepublik Deutschland mit diesem schmutzigen Geschäft eine goldene Nase? Es sind nicht die Leben und persönlichen Schicksale der Menschen, die zählen, sondern allein die Maximierung des Profits und eine gute Stellung in der Weltpolitik. Wenn wir endlich aufhören würden, Waffen zu produzieren, könnte es auch keine neuen Kriege dadurch geben. Zudem sehen wir mit Sorge die Umrüstung der Bundeswehr auf eine hochgerüstete Angriffs- und Invasionsarmee. Von den dadurch im zivilen und sozialen Bereich entstehenden Lücken ganz zu schweigen, ist dies grundgesetzwidrig. "Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen." , so das Grundgesetz. Und Deutschland hat nur das Recht, eine Verteidigungsarmee zu besitzen, keine Armee für Eroberungen und Kriege um Wirtschaftsinteressen. Die international eintretende Rohstoffknappheit, die wir insbesondere in Europa aufgrund unserer Lebensweise besonders zu spüren bekommen, sowie das ständige Interesse der USA auf eine internationale Vormachtstellung sind wesentlich für den Krieg in Afghanistan und viele weitere. Und es sind die kriegführenden Staaten wie die USA und Deutschland, die mit der Legitimation der Menschenrechte nach Gutdünken in andere Staaten einmarschieren, ohne deren nationale Souveränität oder Interessen, geschweige den Interessen der Bürgerinnen und Bürger auch nur im Ansatz zu berücksichtigen. Frieden ist ein Menschenrecht! Und Kriegstreiber sind Verbrecher gegen die Menschlichkeit. Die UN-Charta besagt das

Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Staaten und die Wahrung des allgemeinen Friedens, hier wird internationales Recht gebrochen!

DIE LINKE geht diesen Weg nicht mit. Wir setzen uns kommunal, bundes- und landesweit sowie international für ausschließlich zivile Konfliktlösungen ein. Als Antikriegspartei stehen wir für die Deeskalation und Vorbeugung von Konflikten, die Reduzierung des Kriegspotenzials durch Demokratisierung und aufbaufördernde Entwicklungshilfe. Wir müssen zudem den Mut haben, die wahren Ursachen der Kriege endlich offen auszusprechen und aktiv anzugehen. Die globale Verteilungsungerechtigkeit vor allem zwischen den Kontinenten und Völkern muss überwunden werden. Die Finanzmärkte und Profitinteressen dürfen nicht die Schicksale von Millionen Menschen bestimmen. Bildung, Zukunftschancen, sanitäre Einrichtungen, Essen, Trinkwasser, Arbeit und ein menschenwürdiger Platz in der Gesellschaft muss für jeden Menschen auf dieser Erde sichergestellt werden. Gerechtigkeit ist der Schlüssel zum Tor des friedvollen Zusammenlebens der Menschen und diese Türe aufzuschließen, darauf muss unser Handeln und unsere Politik ausgerichtet sein.

Auch im Zollernalbkreis betrachten wir die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft mit großer Sorge. Vom 21. - 23. Oktober lädt die Bundeswehr auf dem Balinger messegelände wieder zu "BW-Musix" ein. Unter dem Tarnmantel eines Musikwettbewerbes wird hier gezielt versucht, vor allem junge Menschen mit den Versprechen von Zukunft und Karriere in der Bundeswehr für den Militärdienst anzuwerben. DIE LINKE Zollernalb sagt: "Kein Werben für's Sterben, BW-Musix abblasen!" Auch ist die zunehmende Präsenz des Militärs an Bildungseinrichtungen und Schulen nicht tragbar für eine moderne, aufgeklärte Gesellschaft. In der Schule hat das Militär ebenso wenig zu suchen wie bei Fortbildungen von Lehrkräften und Facharbeitern. Die gezielte Rekrutierung hier muss umgehend gestoppt und die Kooperationsverträge mit der Bundeswehr von der grün-roten Landesregierung umgehend aufgekündigt werden. Ich selbst habe im Juli für die Linksjugend [solid] Zollernalb einige Veranstaltungen zum Thema "Afghanistan-Krieg" durchgeführt und hierbei Menschen kennengelernt, die aus ihrem Heimatland nach Deutschland geflohen sind. Sie haben mich in meiner Überzeugung bestätigt: Krieg schafft niemals Frieden, sondern nur neue Probleme. Ohne Demokratie und Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben. Die Europäische Union bietet uns heute, ebenso wie viele weitere internationale Institutionen und Organisationen ungeahnte, ungenutzte Perspektiven für die Verwirklichung des Friedens. Im 21. Jahrhundert müssen wir die Chancen der Moderne nutzen, um für Gerechtigkeit und Frieden weltweit aktiv tätig zu werden. Eine von Miteinander und Solidarität, Friedenserziehung und Verantwortungsbewusstsein geprägte Gesellschaft ist das Ziel, das konsequente "Nein" zum Krieg und der engagierte, lebendige Einsatz für den Frieden und die Völkerfreundschaft der Weg.